

10/
Dr. Ed. David Mdr.:

2

Wer trägt
die Schuld
am Kriege?



Preis 1,- Mark

318 u

92 TEWA



Akc K Nr 881/44 Dzs

Dr. Eduard David

M. d. R.

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Rede, gehalten vor dem holländisch-
skandinavischen Friedenskomitee in
Stockholm am 6. Juni 1917

Herausgegeben vom
Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands



Berlin 1917

Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Inhaltsverzeichnis:

1. Die imperialistischen Grundursachen	3
2. Die Entente als Weltverteilungssyndikat	5
3. Die Politik der Zentralmächte	6
4. Die Einkreisung Deutschlands	9
5. Etwas über den Kriegsplan	12
6. Die Größe der Gefahr für Deutschland	13
7. Der Ausbruch der Krisis	16
8. Die direkte Verhandlung zwischen Wien und Petersburg — von Deutschland gefördert	17
9. Der zweite Konferenzvorschlag Greys — von Deutschland gefördert	19
10. Greys Vorschlag von Oesterreich angenommen — von Rußland abgelehnt	21
11. Die russische Mobilisation — der Beginn des Krieges	25
12. Die Mitschuldigen	27
13. Jean Jaurès hatte die Situation richtig erkannt	29
14. Der Mechanismus der Entente	33
15. Ein Beitrag zur Frage der belgischen Neutralität	35
16. Vertragsbrüche, grausame Kriegführung und Greuelkultus	36
17. Schluß	38

1. Die imperialistischen Grundursachen.

Wenn wir die Frage nach der Schuld am Kriege stellen, so gehen wir dabei nicht von der Betrachtung der diplomatischen Vorgänge unmittelbar vor dem Kriege aus. Wir sind der Meinung, daß es notwendig ist, sich zunächst über die weltwirtschaftlichen Untergründe klar zu werden, die zu den Spannungsverhältnissen führten, die Europa in den letzten Jahren vor dem Kriege im wachsenden Maße beunruhigten und die schließlich jene kritische Situation schufen, aus der dann der letzte Anlaß zum Ausbruch des Krieges entsprang. Lassen Sie mich also zuerst auf diese *imperialistischen Grundursachen* des Krieges eingehen:

Das Charakteristische der weltgeschichtlichen Entwicklung, die unsere Generation erlebt, ist die Tendenz auf Einbeziehung des ganzen Erdkreises in die moderne Wirtschaftsweise. Den Anstoß dazu gab die mächtige Entfaltung der Technik des Transport- und Nachrichtenwesens. Von hier aus ist für den marxistisch Geschulten das weitere zu verstehen. Es kann hinfert keine weißen Flecken auf der Erdkarte mehr geben; alle Gebiete werden in die weltwirtschaftliche Nutznießung hineingezogen. Bei diesem Prozeß macht sich die Konkurrenz der industriell entwickelten Staaten geltend. Keiner möchte dabei zu kurz kommen; jeder sucht durch koloniale Erwerbungen unmittelbaren Zugang zu den Rohstoffquellen zu erhalten; jeder wünscht möglichst weite Absatzgebiete für seine Waren, möglichst reichliche Gelegenheit, überschüssiges Kapital anzulegen und mit großen Profiten arbeiten zu lassen. Die Kapitalisten der einzelnen Länder sind dabei die Nächstinteressierten; aber es liegt in der Natur der Sache, daß auch die breiteren Schichten der einzelnen Völker mittelbar an der Anteilnahme ihres Landes an der weltwirtschaftlichen Nutznießung interessiert sind. Soweit sich dieser Prozeß in der Form friedlicher kaufmännischer, industrieller und

finanzieller Konkurrenz abspielt, kann dagegen nichts eingewendet werden. Wir Sozialisten sind die letzten, die sich diesem Aufschließungsprozeß der gesamten wirtschaftlichen Kräfte und Güterquellen der Welt in den Weg stellen könnten. Das wäre nicht weniger kleinbürgerlich reaktionär gedacht und gehandelt, wie das ehemalige Ankämpfen rückständiger handwerklicher Kreise gegen das Aufkommen der modernen maschinellen Produktion. Was wir Sozialisten aber erstreben und fordern müssen, ist, daß die Methode dieser weltwirtschaftlichen Erschließung nicht die Form gewaltsamer Eroberungen trägt, und daß sie sich nicht als Raubbau an Naturschätzen und Menschenkräften betätigt. Diesen Charakter hat allerdings die imperialistische Expansion vielfach gezeigt.

Einen großen Vorsprung in der imperialistischen Expansion hatte England, das im Laufe von drei Jahrhunderten ein gewaltiges Kolonialreich, zumeist mit Gewalt und List zusammengebracht hat. Seine jeweilig stärksten Konkurrenten hat es dabei der Reihe nach niedergerungen, so Spanien, Holland, Dänemark, Frankreich. Das Ergebnis war die restlose Versiegelung aller internationalen Wasserstraßen mit Hilfe eines Seemilitarismus, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. So übte es schließlich über alle Meere die unbeschränkte Polizeigewalt, der kein Staat mehr ernsthaft Widerstand zu leisten vermochte. Noch in den letzten Jahrzehnten hat es sein koloniales Imperium durch gewaltsame Einverleibung neuer ungeheurer Gebiete in Asien und Afrika erweitert.

Eine besondere Wendung nahm nun die politische Gruppierung der europäischen Völker dadurch, daß England mit seinen alten Konkurrenten Frankreich und Rußland sich vertraglich verständigte zu dem Zweck, den neuen Konkurrenten Deutschland einzuschnüren und niederzuhalten. Deutschlands wirtschaftliche Expansion war zwar, so weit es sich um den Erwerb von Kolonien handelte, nur eine bescheidene, und nicht diese brachte es in feindlichen Gegensatz zu England. Wohl aber war Deutschlands friedlich-kommerzielle und industrielle Eroberung des Weltmarktes eine wachsende Sorge für England, das sich auf allen Märkten durch diese Konkurrenz bedrängt und bedroht fühlte. Das führte zu jener gegen Deutschland gerichteten Politik, die man als die Politik der *Einkreisung* bezeichnete.

2. Die Entente als Weltverteilungssyndikat.

Die Entente war im Grunde nichts anderes als ein wirtschaftspolitisches Weltverteilungssyndikat auf größtem Maßstabe. Mit drei großen nächstliegenden Verteilungsprojekten hat es die wachsende Kriegsspannung in Europa verschuldet. Das eine betraf die Küstenländer Nordafrikas. Es fand seinen Abschluß in der völligen Annexion Ägyptens durch England, Marokkos durch Frankreich, Tripolis durch Italien. Der Geheimvertrag zwischen England und Frankreich hinsichtlich Marokkos war ein flagranter Bruch eines internationalen Vertrages, der die Souveränität Marokkos und die offene Tür für alle Mächte garantierte. Deutschlands Protest war also wohl berechtigt. Es ist bekannt, daß die aus jener Länderverschlingungspolitik entstehenden Verwickelungen uns schon im Jahre 1911 dicht an dem Abgrund des Weltkrieges vorbeiführten.

Das zweite Aufteilungsprojekt bezog sich auf den Rest des europäischen Besitzstandes der Türkei und auf deren ganzen asiatischen Bestand. Das war das imperialistische Wertobjekt, das dem englisch-russischen Bündnis zugrunde lag: für Rußland Konstantinopel, die südlichen Randländer des Schwarzen Meeres und Nordpersien, für England Südpersien und die türkischen Gebiete von Mesopotamien bis Ägypten, die die Länderbrücke zwischen dem asiatischen und afrikanischen Kolonialreich Englands bilden. Für Frankreich sollte dabei Syrien abfallen. Italien, das man schon durch das Beutestück Tripolis an dem Weltverteilungssyndikat beteiligt hatte, rechnete auf Inseln im Ägäischen Meer.

Das dritte große Verteilungsobjekt war die Donaumonarchie, deren innere Lebenskräfte man nur noch sehr gering einschätzte. An diesem Leichenschmaus sollte Italien mit Südtirol und Triest, Serbien mit Bosnien und der Herzogewina, Rumänien mit der Bukowina und Rußland mit Galizien teilhaben.

Die beste Bestätigung dafür, daß in der Tat diese großen Verteilungsprojekte die Politik der Entente vor dem Kriege bestimmten, hat ihr zu Beginn dieses Jahres als Antwort auf den Wilsonschen Friedensvorschlag veröffentlichtes Eroberungsprogramm erbracht. Die dort aufgezählten Kriegsziele decken sich im wesentlichen mit den geschilderten Beuteplänen, zuzüglich des älteren französischen Kriegsziels, der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens.

3. Die Politik der Zentralmächte.

Demgegenüber war die Politik der Zentralmächte im wesentlichen eine defensive. Die *Türkei* befand sich in einem reinen Selbsterhaltungskampf. Sie sah sich in ihrem letzten Bestand bedroht und dachte an nichts weniger als an imperialistische Eroberungsziele. Daß sie ein Recht habe auf Leben, hat ihr die Internationale selbst bestätigt in dem Manifest des Internationalen Kongresses zu Basel von 1911. Dort wird die Gefahr, die für den Frieden Europas vom Balkan her droht, eingehend geschildert; dann heißt es:

„Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft der Eroberungspolitik in Vorderasien zu widersetzen, die geraden Weges zum Weltkriege führen müßte.“

Es ist mir nicht bekannt geworden, daß die französischen und englischen Sozialisten dieser Weisung Folge geleistet hätten. Sie haben sich im Gegenteil mit dem russischen Eroberungsziel Konstantinopel einverstanden erklärt und keine Miene gemacht, nach der Veröffentlichung des imperialistischen Ententeprogramms von ihren Regierungen abzurücken. Im Gegenteil, in das ausgesprochenste imperialistische Eroberungsministerium Lloyd Georges ist die englische Arbeiterpartei mit verstärkten Kräften eingezogen. Nach jener in Basel gegebenen Direktive hätten sie gegen die Zertrümmerung der Türkei Front machen und sich zu dem von der deutschen Regierung verfolgten Ziel der Erhaltung der Türkei bekennen müssen.

Die deutsche Politik verfolgte im nahen Osten kein Eroberungsziel. Man kann auch nicht davon reden, daß sie die Türkei habe „ägyptisieren“ wollen. Sie wollte im Gegenteil die Türkei wieder militärisch stark und staatlich lebensfähig machen. Daß sie dabei ein erweitertes wirtschaftliches Betätigungsfeld für deutsche Unternehmer und Finanzleute erstrebte, kann doch auch wohl von sozialistischer Seite nicht beanstandet werden. Das Bagdad-Unternehmen war eine mit friedlichen Mitteln betriebene Aktion, deren Vorteile schließlich am meisten der Türkei zugute kommen mußten. Mit dieser auf die Stärkung des militärischen und staatlichen Bestandes der Türkei und die Entfaltung ihrer inneren wirtschaftlichen Kräfte gerichteten

Politik kam Deutschland aber dem imperialistischen Eroberungs- und Verteilungsprojekt der Entente in die Quere. Hier liegt eine der unmittelbaren Ursachen des Krieges. Rußland besonders empfand Deutschland als Hindernis bei der Durchführung seiner aggressiven Pläne gegen die Türkei. Das hat mit klassischer Schärfe ein russischer Gelehrter, Paul von *Mitrofanoff*, in einem Ende Mai 1914 in den Preußischen Jahrbüchern erschienenen Artikel zum Ausdruck gebracht. Er führt dort aus, daß Rußland im Interesse seiner ökonomischen Entwicklung Konstantinopel und die Dardanellen besitzen müsse. In diesem Zusammenhang sagt er:

„Kurz und bündig: Selbständig und als Bundesgenossen Oesterreichs, überall, auf jedem Schritt und Tritt in der ganzen Levante stößt und stieß Rußland bei der Lösung seiner vitalsten Aufgabe, seiner Orientfrage, auf den Widerstand der Deutschen. Es ist den Russen jetzt klar geworden: Wenn alles so bleibt wie es jetzt ist, *geht der Weg nach Konstantinopel über Berlin*; Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage.“

Auch *Oesterreich* kämpfte, wie die Türkei, um seine weitere Existenz. Seine inneren Schwierigkeiten ließen ihm gar nicht die Möglichkeit, weitgreifende imperialistische Eroberungspolitik zu treiben. Es ist die einzige Großmacht Europas, die bis auf den heutigen Tag keine Kolonien besitzt. Das gespannte Verhältnis mit Serbien war zwar nicht ohne Mitschuld der Regierenden in Wien und Budapest gekommen. Es hatte eine Zeit gegeben, wo Serbien sich an die Donaumonarchie politisch anlehnte. Eine agrarisch orientierte Wirtschaftspolitik, die den Export serbischer Produkte nach und durch Oesterreich-Ungarn zu unterbinden suchte, trug mit dazu bei, das Verhältnis feindselig zu gestalten. Serbien wurde in der Folge mehr und mehr Vasall und Instrument für die zaristische Balkanpolitik, und die gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten panslawistischen Hegemoniebestrebungen. Die großserbische Bewegung war die vorgeschobene Aktion, die den Bestand Oesterreichs von Südosten her angriff. Im ganzen kann also auch die Politik Oesterreichs als eine defensive bezeichnet werden. *Deutschland* aber war an der Erhaltung Oesterreichs mit interessiert. Es sah in dem Bestand der Donaumonarchie eine Seitendeckung gegen die russische Gefahr. Aus diesem Grunde schloß Bismarck 1866 mit Oesterreich rasch einen sehr glimpflichen Frieden und

stellte seine Politik auf Versöhnung und Bündnis mit Wien ein.

Angesichts dieser Sachlage fragt man sich vergebens, worin die „Bedrohung der Welt“ gelegen habe, deren sich Deutschland seit 44 Jahren schuldig gemacht haben soll. Diese Behauptung des französischen Gelbbuches kehrt ja auch heute noch überall in der Ententepresse wieder. Welche militärischen Aktionen hat Deutschland denn seit 1870 gegen die Existenz seiner Nachbarn unternommen? Daß Deutschland eine große wohlgerüstete und schlagbereite Armee unterhielt, erklärt sich aus seiner geographischen Lage und der Geschichte seiner nationalen Einigung. Eingekellt zwischen die beiden großen alten Militärmächte Rußland und Frankreich, hatte es im Laufe des 19. Jahrhunderts die Aufgabe, seine innere nationale Konsolidierung zu vollziehen. Das geschah gegen den Wunsch seiner Nachbarn im Osten wie im Westen. Diese besondere Lage Deutschlands ist auch Lloyd George und Marcel Sembat vor dem Kriege bekannt gewesen, wie man in ihren Schriften nachlesen kann. Die Behauptung aber, daß Deutschland seine militärische Macht mißbraucht habe, um seine Nachbarn mit Krieg und Eroberungen zu bedrohen, ist durch keinerlei Tatsachen erhärtet. Wohl aber kann der Beweis geführt werden, daß Deutschland sehr günstige Gelegenheiten, seine heutigen Widersacher zu schwächen, abgewiesen hat. Es ist bekannt, daß zur Zeit des Burenkrieges die heutigen Verbündeten Englands, die damals noch seine schärfsten Gegner waren, Rußland und Frankreich, Deutschland ein Bündnis gegen England anboten. Wilhelm II. lehnte es ab. Bekannt ist sein an die Engländer gerichtetes Wort: „Blut ist dicker als Wasser“.

Ebenso kam Deutschland in die günstige Lage, seinem Nachbarn im Osten Beutestücke abjagen zu können, wenn es an Eroberungen nach jener Seite hin gedacht hätte. Diese Möglichkeit war während des russisch-japanischen Krieges gegeben; sie wurde von Deutschland nicht benutzt. Der Kaiser telegraphierte anlässlich der Niederlagen der russischen Armee in der Mandschurei an Nikolaus II: „Russische Trauer ist deutsche Trauer“.

Wo also war die kriegerische Bedrohung der Welt durch Deutschland? Das ist eine Phantasie. Umgekehrt ist es Wahrheit.

4. Die Einkreisung Deutschlands.

Deutschland wurde durch die Entente unter Führung Englands seit Jahren isoliert und mit einem Koalitionskrieg bedroht. Der Ruhm, diese Koalitionspolitik eingeleitet zu haben, gebührt Eduard VII. Sein Werk war die Liquidierung der alten Gegensätze Englands zu Frankreich und zu Rußland und die Lockerung des Dreibundes durch Abspenstigmachen Italiens. Ein gleicher Versuch Oesterreich gegenüber scheiterte. Diese englische Einkreisungspolitik fand in Frankreich begeisterte Anhänger und einen energischen Staatsmann in Delcassé, dem langjährigen Minister des Aeußeren, nachmaligen Marineminister und zeitweiligen Botschafter in Petersburg. Statt anderer Zeugnisse mag ein französischer Gewährsmann sprechen. Der Syndikalist *Francis Delaisi* hat in einem Schriftchen „Der kommende Krieg“ (*La guerre qui vient*), das im Jahre 1911 im Verlag der *Guerre Sociale* zu Paris erschien, eine klassisch klare Darstellung dieser Politik gegeben. Er weist auf die fast autonome Machtstellung hin, die Delcassé während seiner langjährigen Führung der auswärtigen Politik Frankreichs erlangt hatte und die es ihm ermöglichte, zunächst fast ohne Wissen der übrigen Minister, die Politik der Einkreisung zu betreiben. Ueber den ersten Konflikt im Jahre 1905 wegen Marokkos schreibt Delaisi:

„Er war es also, der während der Jahre 1904 und 1905 im Einvernehmen mit dem englischen Kabinett und ohne jemand davon zu unterrichten, sich bemühte, Deutschland „einzukreisen“. Er arbeitete daran, Italien vom Dreibund abzuziehen; er unterhandelte in Petersburg; er intrigierte in Konstantinopel und legte es darauf an, daß England das isolierte Deutschland mit Hilfe Frankreichs vernichten könne.“

(Donc, pendant les années 1904 et 1905, le voilà qui, d'accord avec le cabinet anglais, et sans prévenir personne, s'occupe à „encercler“ l'Allemagne. Il travaille à détacher l'Italie de la Triple alliance, négocie à Saint-Petersbourg, intrigue à Constantinople et s'arrange pour que l'Allemagne étant isolée, l'Angleterre, appuyée par la France, puisse tenter de l'écraser.)

Ueber den Ministerrat, der zu dem Rücktritt Delcassés führte, sagt Delaisi:

„Es fand dann im Elysée ein Ministerrat statt, der historische Bedeutung behalten wird. Dort setzte der kleine Mann während zweier geschlagener Stunden seinen verblüfften Kollegen alle seine Intrigen auseinander und mit kaltem Blut

beharrte er auf der Fortsetzung der Politik der „Einkreisung“, des militärischen Bündnisses mit England und des *Krieges mit Deutschland*“.

(Il y eut à l'Elysée un conseil des ministres qui restera historique. Là, pendant deux heures d'horloge, le petit homme exposa à ses collègues stupéfaits toutes ses intrigues, et avec une audace tranquille conclut nettement à la continuation de la politique d'„encerclement“, à l'alliance militaire avec l'Angleterre et à la guerre avec l'Allemagne.)

Bekanntlich stürzte Delcassé damals am Widerstand seiner Kollegen und nicht zum wenigsten am Widerstand der von Jaurès geführten Sozialisten. Aber er kam wieder. Hören wir Delaisi weiter:

„Und jetzt ist Herr Delcassé wieder zur Macht gelangt!

Derselbe Mann, der im Jahre 1905 uns beinahe in den Krieg verwickelt hätte, ohne jemanden um Rat gefragt zu haben, weder die öffentliche Meinung, noch das Parlament, noch selbst seine eigenen Kollegen, nimmt wiederum die Leitung „unserer“ auswärtigen Politik in die Hand. Denn niemand in Europa täuscht sich darüber, daß Herr Cruppi, ein früherer Verwaltungsbeamter, am Quai d'Orsay nur ein Strohmann ist. Im übrigen wird Herr Delcassé, als Minister der Marine, erst recht in der Lage sein, die *Militärkonvention* zu schließen, die uns an England fesselt.“

(Eh bien! voici M. Delcassé revenu au pouvoir.

L'homme qui, en 1905, faillit nous acculer à la guerre, sans avoir consulté personne, ni l'opinion, ni le Parlement, ni même ses propres collègues reprend la direction de „notre“ politique extérieure. Car personne en Europe ne s'y est trompé: M. Cruppi, ancien magistrat, ne sera au quai d'Orsay qu'un homme de paille. D'ailleurs, M. Delcassé, ministre de la Marine, n'en sera que plus à l'aise pour conclure la *convention militaire* qui doit nous lier à l'Angleterre.)

Ueber Ziel und Mittel der englischen Politik macht Delaisi unter der Ueberschrift „*L'Encerclement*“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„So entschloß sich denn England, da es sich im industriellen Wettkampf unterlegen fühlte, ans Glück der Waffen zu appellieren.

Sein Plan war ein doppelter.

Erstens trachtete man danach, Deutschland durch ein System von Annäherungen und Bündnissen so einzukreisen, daß es im Herzen Europas am Tage der Gefahr isoliert und ohne militärischen oder finanziellen Beistand wäre.

In dieser Absicht näherte sich Eduard VII. 1903 Frankreich und knüpfte mit unseren Finanziers die Bande der Entente

cordiale, indem er ihnen Marokko überließ, das ihm, nebenher bemerkt, gar nicht gehörte.

Bald darauf versöhnte er sich mit dem russischen Zaren, wobei einige Konzessionen in Persien und auf dem Balkan das Angebinde bildeten. Weiter versuchte er Italien vom Dreibund abziehen, indem er ihm Albanien anbot. In Ungarn suchte er den alten Deutschenhaß wieder anzufachen. Die Jungtürken unterstützte er mit Geld und guten Ratschlägen, um den mit Wilhelm II. zu eng befreundeten Abdul Hamid zu stürzen. Und schon sah man den Tag nahen, wo Deutschland, völlig eingekreist von feindlichen Mächten, sich allein sah angesichts seines furchtbaren Feindes.“

(*L'Encerclement.*

Donc, l'Angleterre, se sentant vaincue dans la lutte industrielle, décida d'en appeler au sort des armes.

Son plan fut double:

1. Encercler l'Allemagne par un système d'ententes et d'alliances qui la laisserait isolée au coeur de l'Europe sans appui militaire ou financier au jour du danger.

C'est ainsi qu'on vit en 1903 Edouard VII se rapprocher de la France, nouer avec nos financiers les liens de l'Entente cordiale en leur abandonnant le Maroc (*qui d'ailleurs ne lui appartenait pas*).

Bientôt après il se réconciliait avec le tzar russe, moyennant quelques concessions en Perse et dans les Balkans; cherchait à détacher l'Italie de la Triplice en lui offrant l'Albanie; excitait chez les Hongrois la haine traditionnelle du Germain; aidait de ses deniers et de ses conseils les Jeunes-Turcs à renverser Abd-ul-Hamid trop lié avec Guillaume II. Et bientôt on entrevit le jour où l'Allemagne, complètement entourée de puissances hostiles, se trouverait seule en face de sa redoutable ennemie.)

Ueber die zweite Seite der englischen Einkreisungspolitik spricht sich Delaisi unter der Ueberschrift: „L'Ere des Dreadnaughts“ aus. Das Kapitel beginnt: „Zur selben Zeit begann man in London mit ungeheuren Rüstungen.“ (En même temps on se livrait à London à des armements formidables.) In England wurden die ersten Dreadnoughts konstruiert, die die anderen Staaten zur Nachfolge im Bau ähnlicher Ungetüme nötigten. In diesem Zusammenhang weist Delaisi auch auf die Verlegung der Operationsbasis für die englische Flotte hin. Ehemals war es Plymouth gewesen, gegenüber der Küste Frankreichs, des früheren „Erbfeindes“; nunmehr wurde sie nach Dover und Rosyth verlegt, beides Plätze, die die Nordsee gegen Deutschland beherrschten.

Weiter suchte man die Kolonien für die Verteidigung des Mutterlandes heranzuziehen. Das Ergebnis aller dieser Vorbereitungen faßt Delaisi in den Satz zusammen:

„Alle militärischen Kräfte des Imperiums in seinen fünf Kontinenten sind heute in einer gewaltigen Kräfteentfaltung auf den Krieg konzentriert.“ (Toutes les forces de l'empire, dans les cinq continents, sont aujourd'hui tendues, en un immense effort, vers la guerre.)

5. Etwas über den Kriegsplan.

Auch über die Kriegführung, die die englische Admiralität bei der Abrechnung mit Deutschland einzuschlagen beabsichtigte, täuschte sich Delaisi nicht. Er sagte die Strategie der Blockade voraus:

„Das ist also nach der Bekundung der englischen Admiralität selbst das Ziel des nächsten Krieges: Versiegelung der deutschen Häfen, Fortnahme der deutschen Handelsflotte, um die Rohstoffversorgung der Fabriken und die Ausfuhr deutscher Produkte zu verhindern. Es ist also eine Art „Kontinental-sperre“, die wir sich erneuern sehen werden, wie zur Zeit des großen Kampfes zwischen Napoleon I. und England.“

(Tel est donc, d'après l'Amirauté anglaise elle-même, l'objectif de la guerre prochaine: embouteillement des ports allemands, enlèvement de la flotte marchande allemande, pour empêcher l'approvisionnement des usines et l'exportation des produits germaniques. — C'est une manière de „Blocus continental“ que nous allons revoir comme au temps du grand duel entre Napoléon I. et l'Angleterre.)

Daran, daß England über die Absperrung der industriellen Rohstoffe hinaus sogar den brutalen Versuch einer Aus-hungerung der Zivilbevölkerung unternehmen würde, scheint Delaisi freilich nicht gedacht zu haben. Offenbar traute er den Herren in London doch nicht zu, daß sie die Spitze ihrer ebenso ritterlichen wie humanen Kriegführung gegen Kinder, Frauen und Greise richten würden.

Aber eine schwache Stelle hatte der englische Plan. England hatte keine Armee, um den Krieg gegen Deutschland auf dem Lande selbst zu führen. Dazu bedurfte es des Bündnisses mit Frankreich. Die französische Armee mußte also der englischen Einkreisungspolitik zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang macht Delaisi auch einige interessante Bemerkungen in bezug auf die belgische Neutralität. Er bezeichnet es als englische Absicht, *Antwerpen* zu blockieren, um Deutschland auch diese

Zufuhrstraße abzusperren. Das sei auch der Grund für den englischen Protest gegen die Befestigung von Vlissingen durch Holland. *Die französische Armee aber werde berufen sein, vom Lande aus diesen Plan der Absperrung Antwerpens zu unterstützen.* Diese Absicht verfolge man mit der Militärkonvention, die Delcassé mit England abzuschließen im Begriff sei. Durch sie werde England verpflichtet, die französische Küste durch seine Flotte zu schützen, wogegen Frankreich sich verpflichte, seine Truppen auf Antwerpen marschieren zu lassen.

„Wenn sie unterzeichnet ist, so sind wir gebunden, uns die Schädel in den Ebenen Belgiens einschlagen zu lassen, um den Herren in London den Besitz Antwerpens zu sichern; und wir sind damit allen Gefahren einer deutschen Invasion ausgesetzt.“

(Si elle est signée, nous sommes obligés d'aller nous faire casser la tête dans les plaines de la Belgique pour assurer aux gens de Londres la possession d'Anvers; et nous voilà du coup exposés à tous les dangers d'une invasion allemande.)

In diesem Zusammenhang weist er auch auf das Wort Lord Kitcheners hin:

„Die Grenze des britischen Reiches in Europa ist nicht die Meerenge von Calais, sondern die Maaslinie.“ (La frontière de l'Empire britannique en Europe, ce n'est pas le Pas de Calais, c'est la ligne de la Meuse.)

Von hier aus fällt auch ein Licht auf den problematischen Charakter der Neutralität Belgiens. Ich werde Ihnen später noch ein Dokument zu dieser Frage geben.

6. Die Größe der Gefahr für Deutschland.

So nahm sich also die Lage Deutschlands im Jahre 1911 aus. Es war dasselbe Jahr, in dem Lloyd George seine bekannte Kriegsrede gegen Deutschland anläßlich des erneuten Marokkokonfliktes hielt, dasselbe Jahr, in dem Bethmann, nachdem er noch einmal glücklich am Weltkrieg vorbeigekommen war, den vergeblichen Versuch machte, mit England zu einer Verständigung zu kommen!

Schon das frühere Bündnis zwischen Frankreich und Rußland allein war für Deutschland eine schwere Bedrohung gewesen. Von einem solchen Krieg gegen zwei Fronten erklärte Engels 1891: „Dann kämpft Deutschland einfach um seine Existenz“. Den französischen Sozialisten aber schrieb er für diesen Fall folgenden Satz in den Almanach des Parti Ouvrier: „Sollte die französische

Republik sich in den Dienst S. M. des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen; aber bekämpfen würden sie sie.“

Derselben Auffassung hatte *Wilhelm Liebknecht* schon vordem wiederholt Ausdruck gegeben. Er sah in dem Sieg des zarischen Rußlands „den Tod der Freiheit in Europa und vor allem in unserem Deutschland“. In einer Reichstagsrede im November 1888 tadelte er die französische wie die deutsche Regierung scharf wegen ihres „Kriechens“ vor dem zarischen Rußland, diesem „Raubstaat, der ohne Länderraub nicht bestehen kann“, und der darum im Interesse des europäischen Friedens unschädlich gemacht werden müsse.

Auch *August Bebel* hat nie einen Zweifel darüber aufgenommen lassen, was die deutsche Sozialdemokratie zu tun habe, wenn es einmal gelte, die Heimat gegen das russisch-französische Bündnis zu verteidigen. Er selbst wollte dann noch die Flinte auf den Rücken nehmen.

Was die russische Gefahr bedeutete, und mit welchen Augen wir in Deutschland das Bündnis der westlichen Republik mit dem Despoten im Osten betrachten mußten, hat ja auch *Marcel Sembat* klar erkannt. Er sagt in seinem Buche „*Faites un Roi, sinon, Faites la Paix*“: „Das französisch-russische Bündnis und danach die Tripleentente muß dem Deutschen als der Pakt zweier zivilisierter Völker mit der Barbarei erscheinen. Das Auge des Deutschen sieht die Zivilisation bedroht und zugleich mit Deutschland der Barbarei ausgeliefert.“ (*L'Alliance franco-russe, puis la Triple-Entente apparaissait donc à l'Allemand comme le pacte de deux peuples civilisés avec le barbare. Il lui semble que la cause de la civilisation est trahi et qu'on la livre avec l'Allemagne, aux sauvages.*)

War also schon das russisch-französische Bündnis für uns eine gewaltige Gefahr, wie ungeheuerlich gesteigert wurde sie noch dadurch, daß England mit seiner weltbeherrschenden Seemacht und seinen riesigen Hilfsmitteln sich diesem Bündnis anschloß! Vergebens bemühte man sich in Deutschland, aus dieser Einkreisung herauszukommen. Den Verständigungsversuch Bethmanns mit England im Jahre 1911 erwähnte ich schon. Auch der Versuch zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen, der zum

ersten Male in der Berner Konferenz von 1913 Vertreter der beiden Parlamente zusammenführte, und der in der Zusammenkunft in Basel, Pfingsten 1914, erneuert wurde, war von deutscher Seite durchaus ehrlich gemeint. Hier war ein Weg, den europäischen Westen zu pazifizieren. Wir wissen heute, daß die deutsche Regierung auch diesen Weg zu beschreiten bereit war. Es ist nachträglich bekannt geworden, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien, des Zentrums, der Nationalliberalen und der Volkspartei, die außer uns in Basel sich mit den französischen Parlamentariern zusammenfanden, vorher beim Auswärtigen Amt in Berlin sich versichert hatten, ob man auch seitens der Regierung eine solche Politik billige. Die Auskunft hatte gelautet, man könne sich nichts Lieberes denken, als wenn es den Herren gelänge, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern. Niemand, der die Baseler Konferenz mitgemacht hat, wird heute ohne innere Erschütterung an sie zurückdenken können. Wir schieden in dem Bewußtsein, gute Arbeit geleistet und dem von beiden Seiten ehrlich angestrebten Ziel näher gekommen zu sein. Zwei Monate später war das ganze Werk vernichtet und sein bedeutendster Vorkämpfer, der unvergeßliche Jean Jaurès, hatte seine Politik mit dem Tod durch Mörderhand bezahlen müssen.

Betrachtet man dieses Bild der politischen Lage Europas vor dem Kriege, vergegenwärtigt man sich die Fortschritte der Einkreisungspolitik und ihre Ziele, so wird man auf die Frage, ob dieser Krieg für Deutschland wirklich ein Verteidigungskrieg sei, mit einem energischen Ja beantworten müssen. Es handelte sich in der Tat für Deutschland und seine Verbündeten um Sein oder Nichtsein. Das ist auch der deutschen Arbeiterschaft klar geworden. Die Durchsetzung der gegen uns gerichteten politischen Eroberungsziele durch Rußland und Frankreich und die von England erstrebte weltwirtschaftliche Einschnürung hätte nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft in ihrer ganzen Existenzgrundlage getroffen. Selbst wenn also in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges eine diplomatische Verschuldung deutscherseits nachzuweisen wäre, was meiner Ueberzeugung nach nicht der Fall ist, so würde sich für das deutsche Volk doch keine andere Losung ergeben haben, als Verteidigung seiner Gegenwart und seiner Zukunft gegen eine seit Jahren auf das Ziel seiner Nieder-

haltung arbeitende Koalition. *Es gab nur eine Rettung für uns: geschlossene Gegenwehr mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften.*

7. Der Ausbruch der Krisis.

Nach dieser Darstellung der wirtschaftspolitischen Ursachen des Krieges werden Sie begreifen, daß ich der diplomatischen Schuldfrage im engeren Sinne des Wortes nicht *die* Bedeutung beilege, die man ihr vielfach bei den Sozialisten der gegen uns kriegführenden Länder beimißt. Der Wille des einzelnen Diplomaten ist gebunden, die Beherrschung der von ihm ausgelösten Wirkungen ist sehr begrenzt und die Frage nach der Verantwortung für dieses oder jenes Endergebnis sehr schwierig. Immerhin, ein Maß von Verantwortung besteht. Will man die innersten Beweggründe der handelnden Personen in den Tagen unmittelbar vor Ausbruch des Krieges erfassen, so stelle man die Frage nach ihren früheren Zielen. Ist die oben gegebene Darstellung von den Beuteprojekten des Weltverteilungssyndikats richtig, so wird man auch annehmen dürfen, daß im seelischen Untergrund der Diplomaten, die die Sache der Entente führten, eine aggressive, auf den Krieg gerichtete Einstellung zu finden war. Und ist es richtig, daß die politischen Ziele der Zentralmächte im wesentlichen defensiv waren, so wird daraus der psychologische Schluß berechtigt sein, daß sie auch in jenen kritischen Tagen den Frieden wollten.

Fragt man zunächst, von welcher Seite wurde die Brandbombe geworfen, die das Pulverfaß zur Explosion brachte, so lautet die Antwort: von seiten der Entente. Das Attentat von *Serajewo* bildete den Ausgangspunkt der Verwickelungen. Es hatte einen politischen Hintergrund. Seine intellektuellen Urheber saßen in Belgrad und Petersburg. Es war eine Aktion der russisch-großserbischen Propaganda, die den Mann beseitigen sollte, der der Erreichung ihrer, gegen den Bestand der österreichischen Monarchie gerichteten Ziele im Wege stand. Daß die von Rußland genährte großserbische Propaganda das Unheil des serbischen Volkes verschuldet hat, ist auch von den serbischen Sozialisten ausgesprochen worden. In der Kriegssitzung der serbischen Skupschtina vom 1. August 1914 erklärten sie, die Regierung habe Serbien zum „Trittbrett für Rußland und Frankreich“ gemacht und die Freibereien des groß-

serbischen Geheimkomitees geduldet, die das Land in den Krieg führten.

Daß das österreichische Ultimatum in seiner scharfen Form und seinem über das Maß der berechtigten Sühneansprüche hinausgehenden Inhalt zu verurteilen war, hat die deutsche Sozialdemokratie in jenen Tagen deutlich gesagt. Ich selbst habe mich in meinem Buche „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg (Berlin, Mai 1915) in gleichem Sinne ausgesprochen. Auch heute noch bin ich der Meinung, daß dieses Ultimatum ein Fehler war. Es sollte offenbar einen Sühnefeldzug gegen Serbien einleiten; aber es ist durchaus falsch, daraus den weiteren Schluß zu ziehen, daß Oesterreich damit auch den Krieg gegen Rußland gewollt und verschuldet habe. Man wollte eine Strafexpedition gegen Serbien und hoffte, daß die Herren in Petersburg mit der Erklärung zufrieden wären, daß Oesterreich den territorialen Bestand und die Souveränität Serbiens nicht antasten werde. Dafür verbürgte sich ja auch Deutschland. Es handelte sich für Oesterreich also um eine möglichst energische Aktion, die der großserbischen, auf die Aushöhlung Oesterreichs gerichteten Bewegung ein gründliches Ende bereiten sollte.

Deutschland war insoweit mit Oesterreich einverstanden, als es diese lokal begrenzte Aktion zur Sühne und Sicherung billigte. Die gegen den Bestand der Donaumonarchie gerichteten Bestrebungen richteten sich, wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, letztlich auch gegen Deutschland und dieses mußte im Selbsterhaltungsinteresse für die Integrität der Donaumonarchie eintreten. Zweifellos glaubte man auch in Berlin, die Petersburger Regierung werde sich scheuen, mit den Mördern von Serajewo und ihren Mitschuldigen gemeinsame Sache zu machen. Darin freilich täuschte man sich gründlich. Solche moralischen Bedenken hatten bei der zaristischen Diplomatie keinen Kurs.

8. Die direkte Verhandlung zwischen Wien und Petersburg — von Deutschland gefördert.

Nachdem der Brand zwischen Oesterreich und Serbien ausgebrochen war, ging die Berliner Politik auf seine Lokalisierung aus. Im Gegensatz dazu arbeitete man in Petersburg von vornherein auf die Europäisierung des Konflikts hin. Die von Deutschland in Paris und London unternom-

menen Schritte mit dem Ziele einer Einwirkung auf Petersburg, wurden von den französischen Diplomaten als „Falle“ bezeichnet. In Wirklichkeit waren sie durchaus ehrlich gemeint. Deutschland schlug den Weg der direkten Verhandlung zwischen Wien und Petersburg vor in der Erwägung, durch die Verhandlungen der Nächstinteressierten, den Konflikt am leichtesten begrenzen und beilegen zu können. Dieser Weg der direkten Verhandlung schien zunächst einfacher und kürzer als der von London gemachte Vorschlag, die Sache vor eine Konferenz der Mächte zu bringen. Grey selbst erklärte sich auch mit dem Wege der direkten Verhandlung einverstanden, und auch in Petersburg gab man sich den Anschein, auf diesem Wege eine friedliche Verständigung suchen zu wollen.

Am 29. Juli kam dann die Nachricht von Petersburg, der Versuch der direkten Verhandlungen scheitere am Widerstand der Wiener Regierung. Diese Nachricht zeitigte zwei Schritte, aus deren Zusammenspiel sich die Situation ergab, die am 30. Juli noch einmal den Frieden zu sichern schien.

Auf jene Nachricht hin sah sich die Berliner Regierung veranlaßt, ein Telegramm nach Wien zu schicken, das zum ersten Male auf ihre Veranlassung am 1. August 1914 in der „Westminster Gazette“ veröffentlicht und das dann später, als seine Echtheit von englischen Schriftstellern angezweifelt wurde, von Herrn v. Bethmann Hollweg in der Reichstagssitzung vom 19. August 1915 verlesen wurde. Der entscheidende Teil jenes an den deutschen Botschafter in Wien gerichteten Telegramms lautete:

„Die Verweigerung jedes Meinungs austausches mit St. Petersburg würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Oesterreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Eure Exzellenz wollen sich gegen Graf Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst in diesem Sinne aussprechen.“

Die Antwort darauf gab ein Telegramm des Herrn von Tschirschky vom 30. Juli, in dem es heißt, Graf Berchtold erkläre, es müsse ein Mißverständnis, und zwar von russischer Seite vorliegen; nachdem er auch von Graf Szapary — dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg — von diesem Mißverständnis Meldung erhalten und gleichzeitig unsere dringende Anregung erfolgt sei, in Konversation mit Rußland einzutreten, habe er Graf Szapary sofort entsprechende Instruktionen erteilt. — In engem

Zusammenhänge damit scheint auch das Gespräch zwischen Berchtold und dem russischen Botschafter Schebeko am 30. Juli gestanden zu haben, das die Spannung zwischen beiden Regierungen wohlthätig zu lösen schien.

9. Der zweite Konferenzvorschlag Greys — von Deutschland gefördert.

Während so auf dem Gleis der direkten Verhandlung die Sache der Friedensvermittlung zwischen Wien und Petersburg an jenen Tagen erfolgreich vorwärts gebracht wurde, wirkte zugleich eine Parallelaktion zugunsten des Friedens. Am 29. Juli hatte Grey auf die gleiche Nachricht von dem Stocken der direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter Lichnowsky in London. Ueber dieses Gespräch berichtet ein Telegramm Greys an den englischen Botschafter in Berlin, das sich unter Nr. 88 des Blaubuchs befindet. Danach sagte Grey zu Lichnowsky nach Hinweis auf jene Nachricht aus Petersburg folgendes:

„Es sei nun freilich zu spät, jedes militärische Vorgehen gegen Serbien einzustellen, da ich vermute, daß binnen kurzer Zeit die österreichisch-ungarischen Truppen in Belgrad einziehen und einen Teil serbischen Gebietes besetzen würden. Aber sogar dann wäre es noch möglich, irgendeine Vermittlung ausfindig zu machen, wenn Oesterreich-Ungarn — das von ihm besetzte Gebiet behaltend, bis es von Serbien vollständig befriedigt — erklärte, daß es nicht weiter vorrücken würde, bis die Mächte einen Versuch gemacht hätten, zwischen ihm und Rußland zu vermitteln.“

Das Neue und Wesentliche dieses zweiten Vorschlags Greys ist also: *Oesterreich erhält das Recht, seinen Feldzug gegen Serbien zunächst fortzusetzen bis zur Einnahme Belgrads und Umgebung*; im Besitze dieses Unterpfandes soll es dann die Beilegung seines Konflikts mit Serbien einer Viermächtekonferenz überlassen. Dieser Vorschlag wurde in Berlin freundlich entgegengenommen. Das Telegramm Goschens an Grey vom 30. Juli (Blaubuch 98), das darüber Auskunft gibt, beginnt mit den Worten: „Der Staatssekretär teilte mir mit, daß sogleich nach Empfang des Telegramms, in welchem Fürst Lichnowsky seine letzte Unterredung mit Ihnen berichtet, er bei der österreichisch-ungarischen Regierung anfragte, ob sie eine Vermittlung auf der Basis annehmen wolle, daß ihre Truppen Belgrad oder irgendeinen anderen Punkt besetzten und sie von dort

aus ihre Forderungen veröffentlichten.“ In dem Telegramm wird dann weiter ausgeführt, daß bis jetzt keine Antwort aus Wien eingetroffen sei, und daß man befürchte, die russische Mobilisation gegen Oesterreich habe die Schwierigkeiten einer Verständigung vermehrt. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Der Staatssekretär sagte, daß, wenn Sie Rußland bewegen könnten, auf Grund eines solchen Vorschlages eine Verständigung zu finden und es mittlerweile davon abhielten, Schritte, die als aggressiv gegen Oesterreich-Ungarn ausgelegt werden könnten, zu unternehmen, er noch etwas Hoffnung auf Erhaltung des europäischen Friedens hätte.“

Berlin akzeptierte also diesen Vorschlag und befürwortete ihn in Wien. Wir wissen heute auch, wie nachdrücklich man von Berlin aus in Wien auf seine Annahme hingewirkt hat. Der Reichskanzler hat in der Sitzung des Hauptausschusses vom 9. November 1916 das Telegramm mitgeteilt, das die deutsche Regierung zur Empfehlung des Greyschen Vorschlags am 30. Juli an den deutschen Botschafter nach Wien richtete. Es lautete:

„Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, stehen wir vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Oesterreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstünden. Deutschland würde infolge der Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zufallen.“

Das politische Prestige Oesterreich-Ungarns, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die *Besetzung Belgrads* oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. *Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen.* Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Oesterreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere.“

Man wird zugeben müssen, daß dieses, wie das oben zitierte erste Telegramm, das an jenem kritischen Tage von Berlin nach Wien ging, an Nachdrücklichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Beide Dokumente erhärten den klaren und entschlossenen Willen der Berliner Regierung, den Frieden zu erhalten. Die namentlich im französischen Gelbbuch aufgestellte Behauptung, in Berlin habe der böse Geist gesessen, der den Krieg gewollt und darum auch in Wien jeden Gedanken an Nachgiebigkeit verhindert

habe, wird durch diese beiden Dokumente glatt zu Boden geschlagen.

Ein charakteristischer Beleg, mit welcher Leichtfertigkeit man die Schuldfrage in Paris behandelt, bildet der Leitartikel der „Humanité“ vom 12. November 1916. Der Verfasser, Deuzelles, behandelt jene Rede des Kanzlers im Hauptausschuß des Reichstags und erklärt kurzerhand: es sei nicht notwendig, auf den Versuch Bethmann Hollwegs näher einzugehen, die Schuld am Kriege von sich abzuwälzen; die diplomatischen Dokumente hätten das Gewissen der zivilisierten Welt längst dazu geführt, das Verdikt zu sprechen. In den Tagen vom 24. bis 31. Juli sei Sasonow bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gegangen, um den Frieden zu erhalten, während die deutsche Regierung systematisch alle Anstrengungen der Ententemächte, die drohende Katastrophe zu vermeiden, paralysiert habe. Wörtlich heißt es dann:

„Jeder Tag dieser tragischen Woche und noch in der letzten Minute hätte ein einziges Wort von Deutschland nach Wien, Oesterreich-Ungarn solle in Verhandlungen einwilligen, genügt — der Frieden wäre gerettet gewesen! Dieses Wort hat Deutschland nicht sprechen wollen.“ (Chaque jour de cette semaine tragique, et encore à la dernière minute, il aurait suffi d'un mot de l'Allemagne à Vienne pour que l'Autriche-Hongrie consentit à „causer“ — et la paix était sauvée! Ce mot, l'Allemagne n'a pas voulu le dire.)

Ein klassischeres Zeugnis für die Unterdrückung der Tatsachen und damit der Wahrheit läßt sich nicht denken. Das entscheidende Wort, das Deuzelles vermißt, war zweimal gesprochen worden. Das erste dieser Dokumente war schon zu Beginn des Krieges der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Das zweite wurde der Welt in derselben Rede des Reichskanzlers mitgeteilt, gegen die sich der Artikel der „Humanité“ richtet. Statt das Dokument den Lesern mitzuteilen, schreibt Deuzelles den zitierten Satz. Mit diesem Satz legt er nun freilich Zeugnis gegen sich selbst ab. Wider Willen bestätigt er das *richtige* Urteil, das aus dem Vorhandensein jener beiden Dokumente zu ziehen ist, in der denkbar schärfsten Form.

10. Greys Vorschlag von Oesterreich angenommen — von Rußland abgelehnt.

Verfolgen wir das Schicksal des Greyschen Vorschlags nun noch weiter. Grey selbst gab diesen Vorschlag in

einem Telegramm an den englischen Botschafter in Petersburg am 30. Juli (Blaubuch 103) weiter. Das Dokument lautet:

„Der deutsche Botschafter teilt mir mit, daß die Reichsregierung sich bemühen werde (would endeavour), Oesterreich-Ungarn dahin zu beeinflussen — nachdem es Belgrad eingenommen und serbisches Grenzgebiet besetzt haben würde —, ein Versprechen abzugeben, nicht weiter vorzudringen, während die Mächte Serbien zu bestimmen suchen, Oesterreich-Ungarn hinreichende Genugtuung zu leisten, um es friedlich zu stimmen. Die österreichisch-ungarischen Truppen würden natürlich serbisches Gebiet erst wieder räumen, wenn die Donaumonarchie volle Befriedigung erlangt hätte. *Ich schlug dies gestern* als mögliches Mittel, die Lage zu entpannen, vor, und wenn es erreicht werden kann, dann hoffe ich ernsthaft, daß weitere militärische Vorbereitungen allseits eingestellt werden.

Der russische Botschafter hat mich über die von Herrn Sasonow gemachte und in Ihrem Telegramm vom 30. Juli (Blaubuch 97) erwähnte Bedingung unterrichtet; aber er befürchtet, sie könne nicht abgeändert werden. Sollte aber das Vorrücken der österreichisch-ungarischen Truppen, nachdem diese Belgrad besetzt, eingestellt werden, so glaube ich, daß der Vorschlag des russischen Ministers des Aeußeren dahin abzuändern wäre, daß die Mächte prüfen sollten, wie Serbien Oesterreich-Ungarn völlig befriedigen könnte, ohne daß es dabei seine Souveränitätsrechte und seine Unabhängigkeit preisgäbe.

Sollte sich Oesterreich-Ungarn *nach seiner Besetzung Belgrads und des benachbarten serbischen Gebietes* bereit erklären, im Interesse des europäischen Friedens sein Vorrücken einzustellen und über die Mittel, wie ein vollständiges Uebereinkommen zu erreichen wäre, zu verhandeln, dann fände sich Rußland meiner Hoffnung entsprechend wohl ebenfalls bereit zu verhandeln und mit seinen militärischen Maßnahmen innezuhalten, wenn die anderen Mächte dasselbe Verfahren beobachten.

Es ist dies nur eine schwache Aussicht, den Frieden zu erhalten, aber die *einzige*, die ich sehe, wenn der russische Minister des Aeußeren nicht zu einer Verständigung mit Berlin kommen kann. Teilen Sie dem Minister des Aeußeren dies mit.“

Hier wird also neben der ausführlichen Wiedergabe des Greyschen Vorschlages mit wiederholter Heraushebung seines Wesenskerns erneut bestätigt, daß die deutsche Regierung sich um die Annahme dieses Vorschlags bemühen wolle. Der gleiche Vorschlag wurde auch in einem Telegramm des Königs Georg vom 30. Juli an Prinz Heinrich von Preußen (Weißbuch S. 45) direkt an den

Deutschen Kaiser befördert. In diesem Telegramm heißt es: „Ich vertraue darauf, daß Wilhelm seinen großen Einfluß anwenden wird, um Oesterreich zur Annahme dieses Vorschlags zu bewegen; dadurch würde er beweisen, daß Deutschland und England zusammenarbeiten, um zu verhindern, was eine internationale Katastrophe sein würde.“

Dieser Beweis wurde erbracht. Die Antwort des Deutschen Kaisers in dessen Telegramm an den König von England vom 31. Juli (Weißbuch S. 45) lautet wie folgt: „Deine Vorschläge decken sich mit meinen Ideen und mit den Mitteilungen, die ich *heute nacht von Wien* erhielt und die ich nach London weitergegeben habe.“

Nach dieser Bemerkung des Deutschen Kaisers ist anzunehmen, daß der Greysche Vorschlag in Wien bereits in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli angenommen wurde. Die Sanktion durch den alten Kaiser Franz Josef erfolgte am Morgen des 31. Juli. Die offizielle Mitteilung der Annahme wird in der Zirkularnote des Grafen Berchtold an die österreichischen Botschafter in London, Petersburg über sein Antwortschreiben nach Berlin gegeben. Das Dokument findet sich im österreichischen Rotbuch unter Nr. 51. Nach Hinweis auf die von Grey angeregte „Vermittlung à quatre“ heißt es:

„Ich ersuche Eure Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär für die uns durch Herrn v. Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Aenderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, *gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten.*“

„Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien ihren Fortgang nehme, und daß das englische Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns gerichtete russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselbe aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßregeln in Galizien sofort wieder rückgängig machen würden.“

Damit schien der Greysche Vorschlag den Frieden gerettet zu haben, *Oesterreich hatte ihn akzeptiert*. Das bestätigt noch einmal Grey selbst in seinem Telegramm vom 1. August an den englischen Botschafter in Petersburg, das sich unter Nr. 135 des Blaubuchs findet und folgenden Wortlaut hat:

„Es wird aus bester Quelle berichtet, daß die Regierung Oesterreich-Ungarns mitgeteilt hat, daß, trotzdem die Lage durch die Mobilisation Rußlands umgestaltet sei, sie in Anerkennung der von England im Interesse des Friedens unternommenen Schritte bereit wäre, *meinen Vorschlag*, zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu vermitteln, in Erwägung zu ziehen. Die Folge dieser Annahme würde natürlich die sein, daß Oesterreich-Ungarns militärische Aktion gegen Serbien gegenwärtig weiterginge und daß die englische Regierung in die russische dringen würde, ihre gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Mobilisation zu unterbrechen, in welchem Falle Oesterreich-Ungarn natürlich seine militärischen Gegenmaßnahmen in Galizien, welche durch die russische Mobilisation aufgezwungen wurden, widerrufen würde.“

Berichten Sie dem Minister des Aeußeren darüber und fügen Sie bei, daß, wenn Rußland, *der Annahme des Vermittlungsvorschlags seitens Oesterreich-Ungarns eingedenk*, sich zur Einstellung seiner Mobilisation verstehen könne, es noch möglich schiene, den Frieden zu erhalten. Vermutlicherweise muß die Angelegenheit sowohl mit der deutschen als mit der russischen Regierung besprochen werden.“

Was tat nun Rußland? Sasonow behauptet, und das französische Gelbbuch spricht es nach, Rußland habe diesen zweiten Vorschlag Greys akzeptiert. *Das ist eine grobe Fälschung der Wahrheit.*

Der letzte abgeänderte Vorschlag, den Sasonow am 31. Juli machte (Orangebuch 67), lautete:

„Wenn Oesterreich einwilligt, den Vormarsch seiner Truppen auf serbischem Gebiete einzustellen (Si l'Autriche consent à arrêter le marche de ses armées sur le territoire serbe . . .), und wenn es, indem es anerkennt, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, zuläßt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könne, ohne seine Rechte als souveräner Staat und seine Unabhängigkeit antasten zu lassen, verpflichtet sich Rußland, *seine abwartende Haltung zu bewahren* (à conserver son attitude expectante).“

In dieser letzten Sasonowschen Formel ist keine Rede davon, daß Oesterreich das Recht haben soll, seine militärischen Schritte gegen Serbien *bis zur Einnahme von Belgrad und Umgebung fortzusetzen*. Dieser Kernpunkt des Greyschen Vorschlags wurde also von Rußland *nicht* akzeptiert. Aber auch hinsichtlich der Verpflichtung Rußlands, seine militärischen Maßnahmen einzustellen, versagt der Sasonowsche Vorschlag vollkommen. Was hinter der

diplomatischen Wendung, „Rußland wolle seine abwartende Stellung bewahren“, zu suchen war, wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, *daß Rußland in der Frühe desselben Tages die Kaiserliche Verordnung, die die allgemeine Mobilmachung der russischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande befahl, an den Straßenecken Petersburgs hatte anschlagen lassen.*

Das Gegenteil also von dem, was das Gelbbuch behauptet, hatte die russische Regierung getan. Statt die auf dem Wege der direkten Verhandlung von Wien eingeleitete Möglichkeit der friedlichen Verständigung zu verfolgen und statt dabei den von Grey gemachten, in Berlin und Wien gutgeheißenen Friedensvorschlag auch seinerseits als Grundlage zu akzeptieren, *lehnte es dessen Kernpunkt ab und machte zugleich durch die Ausweitung seiner Mobilisation eine weitere friedliche Verhandlung unmöglich.*

II. Die russische Mobilisation — der Beginn des Krieges.

Die Behauptung, die russische Mobilisation sei durch Mobilisation deutscherseits hervorgerufen worden, ist völlig unzutreffend. Von deutscher Seite wurden von Anfang an, sowohl in Petersburg direkt als auch durch Vorstellungen bei den Vertretern der mit Rußland verbündeten Staaten, Mahnungen gegen militärische Maßnahmen, die das Ziel friedlicher Verhandlungen stören konnten, erhoben. Sie waren veranlaßt durch beunruhigende Nachrichten, die aus Rußland einliefen. Die Mobilisierung von 13 russischen Armeekorps gegen Oesterreich, das acht Armeekorps gegen die Streitmacht Serbiens zu den Waffen gerufen hatte, war schon reichlich gewesen und mußte als schwere Bedrohung empfunden werden. Trotzdem gab man in Berlin die Hoffnung auf friedliche Verhandlungen noch nicht auf.

Kritisch wurde die Situation erst, als Nachrichten eintrafen, daß auch in den gegen Deutschland gerichteten Bezirken mobilisiert werde. Das wurde zwar von Rußland in Abrede gestellt. Daß es tatsächlich der Fall war, steht heute fest. Der englische Historiker M. D. Price hat in seinem Buche „The Diplomatic History of the War“ (London 1915) das Beweismaterial für die fortschreitende Mobilisierung Rußlands zusammengestellt. Am 29. Juli berichtete der Petersburger Berichterstatte des „Temps“:

„Die Mobilisierung schreitet in Kiew, Odessa, Wilna, Warschau und St. Petersburg fort. . . . Truppenzüge passieren Warschau alle Viertelstunden. . . .“ Am gleichen Tage berichtet Reuter über „Anzeichen dafür, daß die *gesamte umfangreiche militärische Maschinerie bald in Bewegung gesetzt wird*“. — Am 30. Juli meldet Harold Williams, der Korrespondent des „Daily Chronicle“: „Der Befehl für partielle Mobilisierung ist als Antwort auf die österreichische Kriegserklärung gedacht, *tatsächlich ist sie absolut und allgemein. Die Reservisten in den nördlichen Distrikten sind ebenfalls zu den Fahnen gerufen.*“

Eine Bestätigung dieser Meldungen findet sich in dem Bericht des belgischen Gesandten aus Petersburg, der bekanntlich in die Hand der deutschen Regierung fiel. Herr de l'Escaille weist auf die russische *amtliche* Bekanntmachung in den Zeitungen vom 30. Juli früh hin, wonach „die Reservisten in einer bestimmten Anzahl von Gouvernements“ zu den Fahnen gerufen wurden und knüpft daran die Bemerkung: „Wer die Zurückhaltung der offiziellen russischen Communiqués kennt, kann ruhig behaupten, *daß überall mobil gemacht wird.*“

Die allgemeine russische Mobilmachung in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli war also nur der formelle Schlußakt der tatsächlich schon in den Tagen vorher auch gegen Deutschland eingeleiteten militärischen Maßnahmen. Damit aber war der Krieg eröffnet. Denn daß Deutschland nunmehr auch seinerseits genötigt war, schleunigst zu handeln, wenn es nicht seinen einzigen Vorteil Rußland gegenüber, die schnellere Konzentration seiner Truppen, preisgeben wollte, bedarf keiner längeren Ausführungen.

Daß Rußland selbst in der Mobilisierung bereits die Eröffnung des Krieges sah, wird übrigens noch besonders bezeugt durch ein interessantes Dokument aus dem Jahre 1912, eine kaiserliche Verordnung, die auch 1914 noch in Kraft war und wörtlich folgende Stelle enthält: „*Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist.*“ (Mitgeteilt vom Reichskanzler in der Sitzung des Hauptausschusses vom 9. November 1916.)

Angesichts dieser Sachlage wird man E. D. Morel zustimmen, der in seiner Schrift „Truth and War“ (London 1916) zu dem Schluß kommt: „*In Wirklichkeit war der Angreifende im allgemeinen europäischen Kriege niemand*

anders als Rußland.“ (Zitiert aus dem in der Züricher „Internationalen Rundschau“ vom 5. Dezember 1916 gegebenen umfassenden Auszug.) — Auch Ramsay Macdonald gab in einer im „Labour Leader“ im Anfang des Krieges erschienenen Darstellung die entscheidende Tatsache zu, daß die russische Mobilmachung Deutschland zwang, den Krieg zu erklären.

Dabei bleibt zu beachten, daß die deutsche Regierung trotzdem auf die Nachricht von der allgemeinen russischen Mobilmachung noch nicht sofort zur Mobilmachung und Kriegserklärung schritt. Es stellte zunächst noch ein Ultimatum an Rußland, das die Einstellung der militärischen Maßnahmen forderte. Auch in diesem Stadium noch hätte Rußland den Krieg vermeiden können, wenn es angesichts der Nachgiebigkeit Oesterreichs seine Mobilisation eingestellt hätte. Erst am 1. August, 5 Uhr nachmittags, also anderthalb Tage nach der Verkündung der russischen allgemeinen Mobilmachung, erfolgte die deutsche Kriegserklärung.

12. Die Mitschuldigen.

Und hier wird auch die Mitschuld der Pariser und der Londoner Regierung am Kriege klar. In Paris hatte man am 29. Juli den Russen die Gefolgschaft zugesichert (vgl. Orangebuch 55 und 58). Da man in Petersburg die Verpflichtungen Englands Frankreichs gegenüber kannte, so war damit auch die Gewißheit der englischen Kriegsfolge gegeben. Die demonstrative Zurückhaltung der englischen Kriegsflotte bei Portland und die offizielle Bekundung dieser Tatsache durch Grey am 27. Juli, hatte in Petersburg diese Ueberzeugung schon mächtig gefördert. Die Gewißheit, daß Frankreich und England mitgehen würden, scheint für die Petersburger Machthaber entscheidend gewesen zu sein, ihre Mobilisation auch gegen Deutschland zu kehren und sie unbeschadet aller Warnungen zur allgemeinen Mobilisation auszuweiten. Man wollte den Krieg, und so erzwang man ihn, gerade in der Stunde, die den Frieden zu retten schien.

Für die Mitverantwortung Englands an dem Sieg der Kriegspartei in Petersburg gibt der schon erwähnte Bericht des belgischen Gesandten de l'Escaille ebenfalls ein bemerkenswertes Zeugnis. Es heißt darin:

„England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in den Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir Georg Buchanan sprach das offen aus. Heute (am 30. Juli!) ist man in Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen werde. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen.“

Grey tat also das Gegenteil von dem, was er hätte tun müssen, um die Petersburger Kriegspartei von ihrem gefährlichen Beginnen abzuhalten. Es lag in seiner Hand, den Krieg zu verhüten, wenn er es ernstlich gewollt hätte. Er hätte dann nur das gleiche zu tun brauchen, was Herr v. Bethmann Hollweg der Wiener Regierung gegenüber tat. Ein gleiches Telegramm, wie es von Berlin nach Wien am 30. Juli geschickt wurde, mit dem entsprechenden Satz: „Wir müssen es ablehnen, uns von Rußland durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen,“ hätte den Frieden wahrscheinlich gerettet. Eine solche entscheidende Einwirkung erfolgte von London nicht. Das ist der schwere Schuldfaktor, der auf das Konto der dortigen verantwortlichen Männer zu setzen ist.

Eine besondere Betrachtung verdient noch das Verhalten der französischen Regierung in jenen entscheidenden Tagen. Sie hat bekanntlich das französische Volk und namentlich auch die französischen Sozialisten dadurch mit in den Krieg gerissen, daß sie das Vorgehen der deutschen Regierung als einen „Uebertall“ über seine friedlichen Nachbarn im Osten und Westen hinstellte. Das war nur dadurch möglich, daß die französische Öffentlichkeit die Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilisation verspätet erhielt. Es scheint, daß die französische Regierung selbst von Petersburg einige Zeit im Dunkeln darüber gehalten wurde. In dem Telegramm Vivianis an den französischen Gesandten in Petersburg am Abend des 31. Juli (Gelbbuch 117) berichtet der französische Ministerpräsident über den Besuch des deutschen Botschafters, der am 31. Juli, 7 Uhr abends, erfolgte. Herr v. Schoen war von Berlin beauftragt, die französische Regierung auf die Konsequenzen hinzuweisen, die Deutschland aus der allgemeinen russischen Mobilisation zu ziehen genötigt war. Viviani sagt dazu:

„Ich habe dem deutschen Botschafter geantwortet, daß ich von einer angeblich allgemeinen Mobilmachung des Heeres und der

Flotte Rußlands, auf welche die deutsche Regierung als Grund für die neuen heute getroffenen militärischen Maßnahmen hinweist, in keiner Weise unterrichtet sei.“

Das ist eine höchst merkwürdige Sache! Man hatte in Paris also am Abend des 31. Juli von der russischen Mobilmachungsorder, die seit den Morgenstunden desselben Tages in Petersburg an allen Straßenecken angeschlagen war, noch keine Kenntnis.

Noch erstaunlicher wird diese Sache dadurch, daß der englische Gesandte in Paris an Grey am 31. Juli abends spät telegraphieren konnte (Blaubuch 117):

„Der russische Botschafter sagte mir, er wisse nichts davon, daß eine allgemeine Mobilisation der russischen Streitkräfte stattgefunden habe.“

Danach scheint in der Tat die russische Regierung das Bekanntwerden ihrer Mobilmachung in Paris mit Absicht hinausgezögert zu haben. Damit schuf sie die Unterlage für die bekannte Uebertallegende. Das französische Publikum, das zunächst Kenntnis von dem deutschen Ultimatum und der darin liegenden Drohung mit Mobilmachung und Krieg erhielt, mußte dies in der Tat als einen unmotivierten Schritt ansehen, der mitten in aussichtsvolle Friedensverhandlungen fiel und den Krieg provozierte.

13. Jean Jaurès hatte die Situation richtig erkannt.

Hoch bedeutsam ist für die Beurteilung dieser Frage auch ein Vorgang, der sich in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli in Paris abspielte und über den uns ein Artikel des sozialistischen Abgeordneten Pressemane, der Ende Juli 1914 geschrieben wurde, und im „Populaire du Centre“ erschien, berichtet. Pressemane erzählt darin von einem Zusammentreffen mit Jaurès und sagt darüber:

„Die Lage ist ernst. Jaurès, der immer kaltblütig und klarblickend ist, war bislang ganz optimistisch, aber jetzt macht er aus seiner Besorgnis kein Hehl. Mit dem „Figaro“ in der Hand erklärte er uns: „Frankreich ist das Spielzeug Rußlands. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag wäre unsere Regierung beinahe von Rußland hinters Licht geführt worden. Die Vorstellung Deutschlands bei Rußland wegen der Mobilmachung des letzteren hatte soeben stattgefunden. Unsere Regierung war hierüber nicht unterrichtet. Die russische Botschaft in Paris hatte jedoch Nachrichten, die andeuteten, daß die deutsche Vorstellung in Petersburg einen drohenden Charakter trug. Sofort teilte sie dies unserem Ministerium des Auswärtigen mit. Es folgte hieraus, daß unsere Minister, die um

3 Uhr des Morgens zusammenberufen wurden, die ersten Maßregeln mit Hinsicht auf die *Mobilmachung* ergriffen. Das war nicht wieder gut zu machen. Die Mobilmachungsbefehle mußten nunmehr ausgeführt werden und Deutschland, sich auf unsere Haltung berufend, griff ebenfalls zur Mobilmachung. Das bedeutete den Krieg. Es bedeutete eine schreckliche Sache . . . und Rußland war zufriedengestellt. Glücklicherweise langten genauere Nachrichten ein, die die Lage auf ihr richtiges Maß zurückführten. Man konnte noch beizeiten einhalten. Es war nur ein falsches Manöver, — es war die *Emser Depesche im entgegengesetzten Sinne*."

Dieser Vorgang leuchtet wie ein Blitzlicht in die skrupellose Politik der zaristischen Diplomatie hinein. Die Vorstellung, die der deutsche Gesandte in Petersburg am 29. Juli gemacht hatte, war, wie dieser ausdrücklich betonte und wie auch aus dem Wortlaut selbst ersichtlich ist, in keiner Weise eine Drohung, sondern lediglich ein mahnender Hinweis auf die gefährliche Konsequenz, die aus einer russischen Mobilisierung entspringen müsse. Graf Pourtalès telegraphierte darüber am 29. nach Berlin zurück: „Ich habe soeben Herrn Sasonow die befohlene Mitteilung gemacht und dabei betont, daß es sich nicht um eine Drohung, sondern um eine „freundschaftliche Mahnung handle“. Herr Sasonow dagegen benutzte diesen Vorgang, um die Verschärfung der russischen Militärmaßnahmen damit zu rechtfertigen, und mit einer umgekehrten Emser Depesche auch in Frankreich eine kriegerische Entwicklung zu überstürzen.

Es tritt hierbei aber auch klar zutage, wie gefährlich *Jaurès* den Kriegspolitikern an der Nöwa erscheinen mußte. *Jaurès* sah den Herd der Gefahr. Seine letzte politische Tat war der Versuch, die leitenden Männer der französischen Republik davon abzuhalten, sich von der zaristischen Diplomatie mit in den Krieg reißen zu lassen. Das authentische Beweismaterial dafür wird uns gegeben in einem Artikel aus der Feder von *Marcel Cachin* in der Nummer der „*Humanité*“ vom 1. August 1914. Es ist die historische, schwarzumrandete Nummer, die das Bild unseres großen Vorkämpfers bringt mit der Schreckenskunde „*Jaurès Assassiné*“.

Cachin erzählt hier, daß *Jaurès* am Spätnachmittag des 31. Juli zunächst eine Unterredung mit dem Minister des Innern *Malvy* hatte. *Jaurès* fragte den Minister nach dem Stand der Dinge und nach dem Ergebnis des von *Grey*

gemachten *Vermittlungsvorschlages*. Der Minister antwortete, die französische Regierung unterstütze die englische nach bestem Willen und Können bei dem Bemühen, die Verhandlungen trotz der Schwere der Ereignisse fortzusetzen. Das genügte aber *Jaurès* nicht. Er verlangte Genaueres über die Schritte der Regierung zu wissen; er wollte hören, ob man auch mit dem ganzen der furchtbaren Situation gerecht werdenden Ernst und Nachdruck vorgehe. Wörtlich heißt es da:

„*Jaurès* wies den Minister darauf hin, wie groß, wie ungeheuer die Verantwortlichkeit des französischen Ministeriums sein würde, wenn es die zwingende Notwendigkeit verkenne, die es verpflichte, auf Rußland einen entscheidenden Druck auszuüben, der allein den Frieden retten könne.

Es genügt nicht, fügte er hinzu, die Unterhandlungen mit Rußland ohne besondere Energie fortzusetzen. Es ist nötig, eine feste entschlossene Sprache zu führen. . . . Rußland muß den englischen Vorschlag annehmen; wenn nicht, dann hat Frankreich die Pflicht, ihm zu sagen, daß es ihm nicht folgen, daß es mit England zurückbleiben wird.

Wenn dieser Druck nicht entschlossen und mit aller Kraft ausgeübt wird, dann ist das, was eintritt, nicht mehr gutzumachen und die Verantwortung, die unsere Regierung trifft, wird entsetzlich sein. Es wird sich klar zeigen, daß unser Land — leider! —, statt energisch für seine eigenen Interessen zu wirken, der Vasall Rußlands ist, das es aus selbstsüchtigen Gründen von seiner Bahn abdrängt.“

(*Jaurès* faisait remarquer au ministre combien grande, combien immense serait la responsabilité du ministère français s'il avait méconnu la nécessité urgente qui s'imposait à lui de faire sur la Russie une pression décisive, qui seule pouvait sauver la paix.

Il ne suffit pas, ajoutait-il, de prolonger mollement la conversation avec la Russie. Il faut lui tenir un langage ferme, énergique. . . . Il faut que la Russie accepte la proposition anglaise; si non la France a le devoir de lui dire qu'elle ne la suivra pas, qu'elle restera avec l'Angleterre.

Si cette pression n'est pas faite énergiquement, vigoureusement, alors c'est l'irréparable qui va s'accomplir, et la responsabilité du gouvernement va être terriblement engagée. Il apparaîtra que notre pays, hélas! au lieu de parler haut pour défendre son intérêt, est vassal de la Russie, qui, par amour-propre, l'entraîne hors de sa voie.)

Was *Jaurès* hier von der französischen Regierung verlangte, war also ein gleiches Telegramm von Paris nach Petersburg, wie es am Tage vorher von Berlin nach Wien

gegangen war: *wir müssen es ablehnen, uns von unserem Verbündeten durch Nichtbeachtung unserer Vorschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen!* — Einen solchen entscheidenden Schritt wollten aber die Herren Poincaré-Viviani so wenig tun, wie die leitenden Männer in London. Ueber eine „dringliche“ Ermahnung, dem Vorschlag Greys stattzugeben, ging die französische Regierung dem Bundesgenossen an der Nawa gegenüber nicht hinaus. Die bereits am 29. Juli gegebene und am 30. Juli bekräftigte Zusage der Kriegsfolge wurde mit keinem Worte mehr in Frage gestellt. (Vgl. Gelbbuch 112.)

Demgemäß fiel auch die Antwort aus, die Jaurès auf seine energischen Vorstellungen von Herrn Malvy erhielt. Marcel Cachin schreibt darüber:

„Der Minister hörte diese feurige Beschwörung des edlen, klugen und hellsichtigen Franzosen an und versicherte ihn seines guten Willens. *Aber der Ton klang nicht danach. Es war offensichtlich, daß Herr Malvy sich nicht, wie Jaurès verlangte, Rechenschaft ablegte über die äußerste Dringlichkeit, die zwingende Notwendigkeit des Schrittes, um den es sich handelte.*“

(Le ministre écoutait cette ardente prière du bon Français clairvoyant et sage, en l'assurant de son bon vouloir. Mais le ton n'y était pas; il apparaissait que M. Malvy ne se rendait pas compte, comme l'eût voulu Jaurès, de l'extrême urgence, de la nécessité impérieuse de la démarche dont il l'entretenait.)

So also faßte Jaurès nach dem Zeugnis Marcel Cachins die Antwort des Ministers auf. Jaurès konnte sich darum auch nicht damit beruhigen. Er begab sich in Begleitung einiger Freunde zum Ministerpräsidenten Viviani. Aber der „konnte die Delegation nicht empfangen“. Er ließ sich durch *Abel Ferry* vertreten. Von neuem setzte Jaurès seine ganze Beredsamkeit daran, die französische Regierung zu einem rücksichtslosen Druck auf Rußland zu bestimmen. Ferrys Antwort lautete: „Wie sehr bedaure ich, Herr Jaurès, daß Sie nicht in unserer Mitte sitzen, um uns mit Ihren Ratschlägen zu unterstützen.“ — Das war der ganze Erfolg.

Und nun schreibt Marcel Cachin die schwerwiegenden Worte:

„Unser armer Freund wollte nun selbst für die Leser der heutigen Nummer der „Humanité“ den Standpunkt darlegen, den er vor den ohnmächtigen oder verblendeten Ministern vertreten hatte. Er wollte an diesem Redaktionstisch den ent-

scheidenden Artikel schreiben, durch den er die Mitverantwortung unserer Partei abgelehnt hätte.“

(Notre pauvre ami devait lui-même reprendre pour les lecteurs de l'Humanité d'aujourd'hui le point de vue qu'il venait de défendre devant les ministres impuissants ou aveuglés. Il devait à cette table du journal écrire l'article décisif par lequel aurait été dégagee la responsabilité de notre Parti.)

Jaurès ist nicht mehr. Nach dieser Darstellung Marcel Cachins ist er gestorben mit dem Bewußtsein der Mitschuld der französischen Regierung — *der ohnmächtigen oder verblendeten Minister!* — an dem nahenden Verhängnis. Er sah, wo die Hauptschuldigen saßen. Als er am Nachmittag des 31. Juli den letzten Rettungsversuch unternahm, wußte er noch nicht, daß die zarische Regierung den Greyschen Vermittlungsvorschlag mit der allgemeinen Mobilisation in der Nacht vom 30. zum 31. Juli beantwortet hatte. Auch in der „Humanité“ vom 1. August fehlt noch die Nachricht darüber. Wie richtig hatte Jaurès doch die Situation gesehen! Bevor er der Oeffentlichkeit sagen konnte, was allein den Frieden noch retten konnte: *Verweigerung der französischen Gefolgschaft in Petersburg* — war er ein toter Mann.

Der Mörder wurde noch am selben Abend ergriffen. Das Verbrechen harrt bis heute der gerichtlichen Untersuchung und Sühne!

So stellt sich die Ueberfalllegende im Lichte der Tatsachen dar. Die ganze Schuldkonstruktion, auf der die französischen Sozialisten ihre Kriegspolitik und ihr Verhalten gegen die deutsche Partei aufbauen, bricht in sich zusammen.

14. Der Mechanismus der Entente.

Wie wenig sich Frankreich als ein überfallenes Land hinstellen darf, wird übrigens auch noch durch die Tatsachen bezeugt, daß die deutsche Regierung bereit war, um den Preis der englischen Neutralität Belgien und Frankreich zu schonen. Deutschland sicherte nicht nur die Integrität Belgiens zu, sondern es bot auch die Nichtverletzung der belgischen Neutralität an, gegen die feste Zusage der Neutralität Englands. Hinsichtlich Frankreichs versprach Deutschland, von einem Angriff auf die nordfranzösische Küste Abstand zu nehmen, und im Falle der Gegenseitigkeit auch keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt zu unternehmen.

Rede David.

Es garantierte für den Fall eines Sieges die europäische Territorialität Frankreichs und bot schließlich auch die Integrität des französischen Kolonialreiches an, wenn England neutral bleiben wolle.

Ja, England hatte es in der Hand, auch noch nach der Kriegeröffnung im Osten den Krieg im Westen überhaupt zu verhüten, und so Frankreich jedes Kriegsleid zu ersparen. Bekanntlich hatte Fürst Lichnowsky aus einem Gespräch mit Grey die Auffassung gewonnen, daß England eventuell bereit sei, neutral zu bleiben, wenn Deutschland Frankreich gegenüber neutral bleiben wolle. Diese Möglichkeit wurde sofort von der deutschen Regierung aufgegriffen. Das Telegramm Kaiser Wilhelms an König Georg vom 1. August 1914 sagte darüber: „Aus technischen Gründen muß Meine schon heute nachmittag nach zwei Fronten, nach Osten und Westen, angeordnete Mobilmachung vorbereitungsgemäß vor sich gehen. Gegenbefehl kann nicht mehr gegeben werden, weil Dein Telegramm leider zu spät kam. Aber wenn mir Frankreich seine Neutralität anbietet, die durch die englische Armee und Flotte garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten.“

Die Antwort König Georgs lautete: „Ich glaube, daß ein Mißverständnis . . . vorliegt.“ — Es war allerdings ein Mißverständnis von deutscher Seite gewesen, daß man immer noch geglaubt hatte, die englische Regierung wolle ernstlich den Frieden. Man war in Berlin noch nicht ganz in das eingedrungen, was in der englischen Presse sehr zutreffend als der „Mechanismus der Entente“ bezeichnet worden ist. Die Verpflichtungen, die England mit Frankreich und Rußland eingegangen war, banden Grey. Bei E. D. Morel ist darüber folgendes zu lesen:

„Am 3. August hielt der englische Minister des Auswärtigen eine leidenschaftliche Rede zugunsten der Teilnahme Englands am Kriege Frankreichs gegen Deutschland. Angeblich war damals das Parlament völlig frei in seinen Entschlüssen. Zweimal im Jahre 1913, zweimal wieder 1914 war dem englischen Volke amtlich versichert worden, daß es in keiner Weise gebunden sei, an einem kontinentalen Kriege teilzunehmen. An jenem 3. August nun enthüllte Sir Edward Grey,

daß mit Ermächtigung der englischen Regierung, richtiger unter Mitwissen der drei entscheidenden Mitglieder des Ministerrats, schon seit der Krise von 1906 und seither wiederholt „Konversationen“ der englischen Heeres- und Flottenleitung mit den Generalstäben der französischen Armee und Marine stattgefunden hatten, in welchen ein gemeinsamer Kriegsplan ausgearbeitet worden war. Die Voraussetzung dieses französisch-englischen Kriegsplanes war die Absendung eines englischen Expeditionskorps auf den Kontinent und die Verteidigung der französischen Nordseeküste durch die englische Flotte, während die französische Flotte sich im Mittelmeer konzentrierte und die eigene Küste schutzlos den Engländern anvertraute. Gewiß, diese „Konversationen“ begründeten keine formelle juristische Verpflichtung zur Teilnahme am Kriege, aber mehr als das, eine Ehrenpflicht. Sir Edward Grey entwarf in jener Rede ein herzzerreißendes Bild von den zu erwartenden Bombardements der französischen Küste durch die deutsche Flotte, teilte mit, daß er für diesen Fall Tags vorher bereits die englische Hilfe versprochen habe und schloß mit der Erklärung, daß nach seiner Ueberzeugung die Ehre Englands in dieser Sache bereits engagiert sei, wie es auch tatsächlich der Fall war.“

Es ist schwer zu verstehen, wie danach immer noch die Behauptung kursieren kann, England sei in den Krieg getreten, um das arme Belgien zu retten. Es war an Frankreich gebunden. Belgien wäre vor jedem Unheil bewahrt geblieben durch die Erklärung Englands, daß es selbst nicht in den Krieg treten wolle. Das lehnte Grey ab (vgl. Blaubuch 123). England ist somit der eigentlich Schuldige am Unglück Belgiens.

15. Ein Beitrag zur Frage der belgischen Neutralität.

Belgien ist ein Opfer der englischen Einkreisungspolitik geworden, in die es offenbar schon vor dem Kriege einbezogen war. Darüber liegt ein für uns wichtiges Dokument vor aus der Feder des belgischen Sozialisten und Deputierten L. de Brouckère. Dieser führt in einem Artikel über die Wahlen in Belgien, der in der Nummer der „Neuen Zeit“ vom 31. Juli 1914, also unmittelbar vor Kriegausbruch erschienen ist, folgendes über die Beziehungen Belgiens zu der Entente aus:

„Man hat die Annexion des Kongostaates beschlossen, man glaubte, die Kolonie zu beherrschen. Heute merkt man, daß die Kolonie uns beherrschte. Wir sind in den Kreis der „Weltmächte“ eingetreten, ohne unser kleines Gebiet zu vergrößern,

das uns lächerlich macht, und die *Großen werden uns nicht wieder loslassen. Wir müssen ihren Wünschen gehorchen, müssen rüsten und zahlen, wenn sie es befehlen.* Wir müssen nach ihrer Pfeife tanzen, tanzen bis zum Tode, wie der Bauer aus dem Märchen, den der Teufel zum Ball führte.“

Noch deutlicher tritt heraus, worum es sich handelt, in folgenden Sätzen:

„Unsere Feldarmee ist nach dem Befehl der Tripelentente, die sich zur Beschützerin unserer Besitzungen aufgeworfen hat, auf die Stärke von 150 000 gebracht worden. Aber seit-her ist die Zahl der Armeekorps, mit denen wir es eventuell zu tun bekommen, vermehrt worden, und die *französischen Militärschriftsteller* verlangen schon, daß unsere verfügbaren Kräfte nach Abzug der Besatzungstruppen 200 000, sogar 250 000 Mann betragen sollten. Unsere Infanteristen dienen 15 Monate in der Kaserne. Die Sachverständigen erklären jetzt diese Zeit für nicht mehr ausreichend und fordern zwei Jahre. Wer nachgegeben hat, wird auch weiter nachgeben. Morgen wird uns vielleicht England, das nur bei sich den Militärdienst als lästig ansieht, wieder zur Erfüllung unserer Verpflichtungen (!) auffordern. Was wird die Regierung tun? Wird ihr die Hochfinanz einen Widerstand erlauben, der früher oder später zum Verzicht auf den Kongo führen muß?“

Ich enthalte mich weiterer Betrachtungen über dieses Dokument und verzichte, noch anderes Material, das sich in gleicher Richtung bewegt, anzuführen.

16. Vertragsbrüche, grausame Kriegführung und Greuelkultus.

Trotzdem bedauern wir den Bruch des belgischen Neutralitätsvertrages, wie wir ebenso den Bruch zahlreicher anderer internationaler Verträge und Rechtsgrundsätze durch die Ententestaaten, namentlich auch die himmel-schreiende Vergewaltigung Griechenlands verurteilen. Allen voran steht England bei der Nichtachtung neutraler Rechte. Die Ausdehnung des Begriffs der Bannware auf den gesamten Lebensbedarf der Zivilbevölkerung, die Unterbindung jedes neutralen Verkehrs mit deutschen Häfen auch ohne effektive Blockade, die Kontrolle der Post auf neutralen Schiffen, die Boykottierung neutraler mit Deutschland in Verbindung stehender Firmen durch die schwarzen Listen und anderes mehr gehören hierher. Wir Sozialisten bedauern den Bruch der internationalen Verträge um so mehr, als wir für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse zwischen den Völkern die Heiligkeit geschlossener

Verträge als ersten Grundsatz anerkannt wissen wollen. Ohne dies wäre eine internationale Rechtsorganisation zur Verhütung und Schlichtung feindseliger Zusammenstöße unmöglich.

Man hat den Vorwurf gegen uns erhoben, wir hätten nicht gegen die „fürchterliche Kriegführung“ durch die deutsche Armee und Marine protestiert. Das wäre ein sehr einseitiger Protest und es beweist wenig Objektivität, wenn die, die solche Vorwürfe gegen Deutschland erheben, mit Schweigen über die ebenso fürchterliche Kriegführung von der anderen Seite hinweggehen. Namentlich können wir es schwer verstehen, wie man in einseitiger Weise auf die „Barbarei“ der deutschen Tauchboot-Kriegführung hinweisen kann, ohne zu erwähnen, daß diese Kriegführung eine Repressalie darstellt, eine Notwehraktion gegen die englische Hungerblockade. Durch diese wird der Krieg gegen Kinder, Frauen und Greise zum Prinzip erklärt und damit die ganze Grundlage der internationalen Kriegs-abmachungen, die in dem Ziel gipfeln, die Zivilbevölkerung nicht unnötigerweise in den Kampf und die Leiden des Krieges zu verstricken, zerschlagen. Deutschland hat sich Amerika gegenüber bereit erklärt, von der rücksichtslosen U-Boot-Kriegführung Abstand zu nehmen, d. h. sich den Abmachungen über den Kreuzerkrieg auch bei der Anwendung der U-Boote zu fügen, sobald England die völkerrechtswidrige und barbarische Hungerblockade aufgibt. Leider ohne Erfolg! Amerika, das sich von England jeden Handelsverkehr mit Deutschland unterbinden, das sich die englische Postkontrolle und alle sonstigen Eingriffe in seine neutralen Rechte im Verkehr mit Deutschland ruhig gefallen ließ, appellierte an sein Recht auf neutralen Verkehr, sobald Deutschland Miene machte, eine ähnliche Absper-rung der englischen Häfen durchzuführen. Amerika fand keinen Widerspruch darin, unsere Gegner mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial aller Art zu unterstützen, indes es sich jede Unterstützung Deutschlands mit Waren zum Unterhalt der friedlichen Bevölkerung von England verbieten ließ. Ein so einseitig orientiertes Gerechtigkeits-gefühl verstehen wir nicht. Wir haben, wie es scheint, in der Tat „eine andere Mentalität“. Aber wir bedauern das nicht.

Diese „andere Mentalität“ kommt auch in dem Verhalten des deutschen Volkes zu dem, was man als *Greuelkultus* be-

zeichnen kann, zum Ausdruck. Es ist selbstverständlich, daß in einem Kriege unter den Millionen Männern, die draußen stehen, sich auch Verbrecher befinden, Sadisten, Mörder aus Veranlagung, Individuen mit krankhafter Brutalität. Solche gibt es in allen Völkern und es ist zu verstehen, daß dieselben Menschen, die im Frieden Verbrechen begehen, im Kriege, wo ihnen noch mehr Gelegenheit dazu gegeben ist, nicht davon Abstand nehmen. Was soll man aber dazu sagen, wenn solche Einzelfälle aufgegriffen werden und noch zehnmal soviel erlogene Fälle hinzugedichtet werden, um ein ganzes Volk als Barbaren, Verbrecher, Mörder aus Neigung usw. hinzustellen. Dieser Greuelkultus, der überall mit denselben Mitteln, mit ausgestochenen Augen, abgeschnittenen Brüsten, gemarterten Verwundeten usw. arbeitet, ist in vereinzelt Fällen auch in Deutschland versucht worden. Wir haben unsere Presse angewiesen, allen solchen Sachen gegenüber die größte Skepsis zu bewahren, und wir haben selbst Veranlassung genommen, soweit es möglich war, solchen Greuelberichten nachzugehen und sie auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Die deutsche Presse hat sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, freigehalten von dieser Methode, den ohnehin durch den Krieg erzeugten Haß zwischen den Völkern noch künstlich aufzupeitschen und bis zu pathologischer Höhe zu steigern. Auf der Gegenseite aber und namentlich in Frankreich mußten wir erleben, daß man von oben herab und systematisch mit angeblich auf objektiven Untersuchungen beruhenden Veröffentlichungen und mit Bildwerken infamster Art solche Greuelgeschichten in Massen verbreitete. Die Absicht war, das deutsche Volk in der ganzen Welt als eine Horde von wilden Tieren und viehischen Verbrechern hinzustellen. Davon haben sich auch leider sozialistische Blätter in den Ententeländern nicht ferngehalten. Das gehört mit zu den schlimmsten Erfahrungen und Enttäuschungen, die uns dieser Krieg gebracht hat.

17. Schluß.

Ich komme zum Schluß. Wie ich die Schuld am Kriege nicht auf deutscher Seite sehen kann, sondern genötigt bin, sie auf Grund des mir zugänglichen Materials den Staatsmännern der feindlichen Mächte, den Betreibern der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, den Vertretern der

Eroberungs- und Aufteilungspolitik gegen die Türkei und Oesterreich-Ungarn zumessen muß, so muß ich denselben Männern die ebenso schwere Schuld an der *Verlängerung des Krieges* aufbürden. Das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 war ernst gemeint, davon sind wir fest überzeugt, und wir deutschen Sozialdemokraten nehmen für uns einen Teil des Verdienstes mit in Anspruch, daß es gemacht wurde. Wir haben in unserem Lande verhindert, daß die Eroberungs- und Gewaltpolitik, die Kriegstreiber bis zum Ende, die Feinde eines „vorzeitigen“ Friedens, das Regiment in die Hand bekamen. Wir haben auf unsere Regierung eingewirkt und haben sie unterstützt in allem, was sie zur Herbeiführung eines Friedens der Verständigung tat. Auf der anderen Seite müssen wir es erleben, daß die französischen Sozialisten und die Vertreter der englischen Arbeiterpartei mit ihrer Regierung durch Dick und Dünn gehen, *auch nachdem diese das deutsche Friedensangebot zurückwiesen und sich zu einem imperialistischen Eroberungsprogramm bekannt haben, das jedem sozialistischen Empfinden ins Gesicht schlägt.*

Man hat uns gefragt, mit wem man denn in Deutschland einen dauernden Frieden schließen könne. Wir kehren die Frage um: Mit wem kann man zurzeit in Frankreich und in England einen dauernden Frieden schließen? Schwerlich mit den Männern, die sich als wildeste Vorkämpfer für eine imperialistische Eroberungspolitik gebärden. Solange man auf der anderen Seite auf diesen Eroberungszielen gegen uns beharrt, solange man sich weigert, einen Frieden zu schließen, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit unseres Landes und unserer Verbündeten gewährleistet, solange werden wir geschlossen und in unverbrüchlicher Treue mit unserem Lande zusammenstehen, um die Durchsetzung solcher Vernichtungsziele zu verhindern. Und wir sind überzeugt, daß alle solche Ziele an der Einigkeit und Widerstandskraft des deutschen Volkes scheitern werden.

Ohne die Treue zur eigenen Volksgemeinschaft ist eine machtvolle deutsche Demokratie unmöglich. Eine Demokratie, die ihr Land in den Kämpfen um seine Existenz, um seine ganze Zukunft gegen eine Welt von Feinden, im Stiche ließe, wäre gerichtet und der allgemeinen Verach-

tung preisgegeben. Eine solche Demokratie wäre auch niemals in der Lage, das innerpolitische Kriegsziel zu verwirklichen, das sich die deutsche Sozialdemokratie gesetzt hat: die Schaffung von freiheitlichen, innerpolitischen Einrichtungen und Zuständen.

Es ist gesagt worden, man begreife es, daß wir am 4. August 1914 den Glauben gehabt hätten, einen Verteidigungskrieg zu führen, und man hat daran die Frage geknüpft, ob wir denn auch heute noch glaubten, daß dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg sei. Darauf antworten wir: Jawohl! Es hat keine Stunde in diesem Kriege gegeben, wo unsere Auffassung, daß Deutschland um die Aufrechterhaltung seiner Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit kämpfe, erschüttert war. Im Gegenteil, diese Ueberzeugung ist verstärkt worden mit jedem neuen Gegner, der sich dem Ring unserer Feinde anschloß. Und diese Ueberzeugung ist es, die es uns gebietet, unerschütterlich festzuhalten an unserer Politik. *Darum harren wir aus mit unserem Volke, solange man auf der anderen Seite nicht zu einem für uns annehmbaren Frieden bereit ist, einem Frieden, der unsere eigenen Lebensinteressen achtet und sichert, ebenso wie er die Lebensrechte aller anderen Völker anerkennt.*

Wir dürfen nicht erwarten, daß Sie die Dinge nur von unserer Seite aus sehen. Das verlangen wir nicht. Aber was wir verlangen und was wir erwarten dürfen, ist, daß Sie sie nicht nur vom Standpunkt unserer Gegner aus sehen. Es war die Absicht meiner Ausführungen, Ihnen das Material und die Auffassungen zu unterbreiten, die Sie in der Lage setzen sollen, ein gerechtes, nach beiden Seiten hin objektives Urteil sich zu bilden. In diesem Sinne hoffe ich, daß meine Ausführungen Ihnen willkommen und wertvoll waren.

Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H.

Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

- Geschichtliche Lat. Blätter und Sätze aus den Schriften und Briefen von Karl Marx. Auswahl und Gruppierung von Franz Diederich Preis 3,50 M., geb. 4,50 M.
- Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. Von Dr. Eduard David, M. d. R. Preis 2,— M.
- Krieg und Handelsrivalität. Von A. Hofrichter. Preis 2,— M.
- Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Eine politische Studie von Dr. Paul Lensch, M. d. R. Preis 1,— M.
- Partei-Zusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit. Von Heinrich Cunow. Preis 0,75 M.
- Die Internationalität und der Krieg. Von Karl Rautsky. Preis 0,50 M.
- Kommunale Kriegsfürsorge. Von Paul Hirsch. Preis 1,— M.
- Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. Preis 0,75 M.
- Für die Einheit der Partei. Preis 0,60 M.
- Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Preis 1,— M.
- Elßaß-Lothringen und die Sozialdemokratie. Von G. Wendel, M. d. R. Preis 0,75 M.
- Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland. Von W. Düwell. Preis 1,50 M.
- Kriegsbriefe aus Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. Koefer und G. Noske Preis 1,50 M.
- Kriegsfaat. Kampfgedichte von 1914—1916 von Franz Diederich. Preis 1,50 M.
- Die Zarengeißel. Sturmschreie aus hundert Jahren. Herausgegeben von Franz Diederich. Preis 0,60 M.
- Praktische Steuerpolitik und Steuerdogmatik. Von G. Cunow. Preis 1,— M.
- Die ersten Kriegssteuern und die Sozialdemokratie. Von W. Reil, M. d. R. Preis 2,— M.
- Neue Steuern während des Krieges? Von G. Hoch, M. d. R. Preis 1,— M.
- Monopolfrage und Arbeiterklasse. Drei Abhandlungen von G. Cunow, G. Hué und M. Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort von W. Jansson. Preis 4,— M., geb. 5,— M.
- Ueber Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaft. Von Dr. G. Lindemann. Preis 2,— M.
- Dokumente zum Weltkrieg. Sammlung von Denkschriften und Aktenstücken amtlicher Veröffentlichungen über die diplomatischen Vorgänge, die sich auf den Ausbruch des Krieges beziehen. 16 Hefte insgesamt 7,80 M.
- Das Recht während des Krieges Preis 0,40 M.
- Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und Hinterbliebenen Preis 0,40 M.